



Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

53. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 23. April 1999

Nummer 12

Glied.- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
202	17. 3. 1999	70. Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit . . .	90
2023	16. 3. 1999	Verordnung zur Änderung der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes für ein Kommunalisierungsmodell.	90
20320	26. 3. 1999	Verordnung über die Festsetzung von Aufwandsvergütungen für Richter und Beamte im Geschäftsbereich des Justizministers	90
223	15. 3. 1999	Verordnung zur Änderung der besonderen Gasthörergebühr gemäß § 2a Abs. 6 Hochschulgebührengesetz	91
231	9. 3. 1999	Zweite Verordnung über die Erweiterung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs „Unteres Lenne-tal“ Hagen-Halden	91

Hinweis:

Die Gesetz- und Verordnungsblätter, die Ministerialblätter sowie die Sammlung aller geltenden Gesetze und Verordnungen des Landes NRW (SGV. NRW.) stehen **im Intranet des Landes NRW** zur Verfügung. Im Innenministerium ergibt sich der **Zugang** von der Homepage aus über das Befehlsfeld „Gesetze Erlasse“.

Von anderen Ressorts aus erfolgt der Zugang über „Externe Informationsangebote, Ressortübergreifende Informationen“ und unter Landesrecht „Gesetz- und Verordnungsblatt“.

Die Gesetz- und Verordnungsblätter, die Ministerialblätter sowie die Sammlung aller geltenden Gesetze und Verordnungen des Landes NRW (SGV. NRW.) werden auch **im Internet angeboten**.

Der **Zugang** ergibt sich über die Homepage des Innenministeriums NRW (Adresse: <http://www.im.nrw.de>) und dort über das Befehlsfeld „Gesetze, Verordnungen, Erlasse“.

Die **Sammlung aller geltenden Gesetze und Verordnungen** des Landes NRW (SGV. NRW) ist auch auf **CD-ROM erhältlich**. Die CD-ROM gewährt auch das **Recht zur Nutzung des Internet-Angebotes** der Redaktion (GV. NRW., SGV. NRW., MBl. NRW.). **Bestellformulare** finden sich in den Nummern 3 und 4 des GV. NRW. 1999, ebenso im Internet-Angebot.

Zur Zeit befindet sich die Redaktion in einer Phase der Umstellung auf elektronische Arbeitsweise. Dies hat leider zur Folge, daß **Ergänzungslieferungen** zur SGV. NRW. nur verzögert erstellt werden können. Die Redaktion bemüht sich, die noch ausstehenden Nachlieferungen so schnell wie möglich zu erstellen.

Wir bitten um Ihr Verständnis.

202

**70. Verordnung
zur Übertragung von Zuständigkeiten
der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung
von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen
nach dem Gesetz über
kommunale Gemeinschaftsarbeit**

Vom 17 März 1999

Aufgrund des Artikels 3 Abs. 4 des Staatsvertrages zwischen dem Land Niedersachsen und dem Land Nordrhein-Westfalen über Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarung, kommunale Arbeitsgemeinschaften und Wasser- und Bodenverbände vom 23. April/9. Mai 1969 (GV. NRW. S. 928) i. V. m. mit § 24 Abs. 2 und § 29 Abs. 4 Nr. 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1979 (GV. NRW. S. 621), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. November 1997 (GV. NRW. S. 430), sowie § 5 Abs. 2 des Landesorganisationsgesetzes (LOG NW) vom 10. Juli 1962 (GV. NRW. S. 421) zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. März 1996 (GV. NRW. S. 136), wird verordnet:

§ 1

Für die Genehmigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Gemeinde Kalletal (Kreis Lippe, Land Nordrhein-Westfalen) und der Stadt Rinteln (Landkreis Schaumburg-Lippe, Land Niedersachsen) über die Aufnahme und Klärung von Abwässern aus dem Gebiet der Stadt Rinteln (Gemarkung Möllenbeck, Flur 10, Flurstück 35/3) durch die Gemeinde Kalletal ist der Oberkreisdirektor als untere staatliche Verwaltungsbehörde in Lippe zuständig.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 17. März 1999

Der Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen

Dr. Fritz Behrens

- GV. NRW. 1999 S. 90.

2023

**Verordnung
zur Änderung der Zweiten Verordnung
zur Durchführung des Gesetzes
für ein Kommunalisierungsmodell**

Vom 16. März 1999

Auf Grund des § 4 des Kommunalisierungsmodellgesetzes (KommG) vom 25. November 1997 (GV. NRW. S. 430), geändert durch Gesetz vom 12. Mai 1998 (GV. NRW. S. 384), wird im Einvernehmen mit dem für kommunale Angelegenheiten zuständigen Ausschuss des Landtags verordnet:

Artikel I

Die Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes für ein Kommunalisierungsmodell (2. DVOKommG NW) vom 18. November 1998 (GV. NRW. S. 690) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 Satz 1 werden nach den Wörtern „Bergisch Gladbach“ das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt und nach dem Wort „Lünen“ die Worte „Erfstadt und Wuppertal“ eingefügt.

2. In § 1 Abs. 2 wird folgender neuer Satz 2 angefügt
„Gleiches gilt für die zur Bewirtschaftung kommunalen Immobilienvermögens gegründeten Einrichtungen der Städte Erfstadt und Wuppertal.“
3. Nach § 1 werden folgende neue §§ 2 und 3 eingefügt:

„§ 2

**Befreiung von § 16 Abs. 2 des Gesetzes
über kommunale Gemeinschaftsarbeit**

Der Krankenhauszweckverband Warburg wird ermächtigt, abweichend von § 16 Abs. 2 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1979 (GV. NRW. S. 621), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. November 1997 (GV. NRW. S. 430) durch Satzung zu bestimmen, dass die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung des Verbandes sowie die Wahrnehmung der Funktion des Dienstvorsetzten auf eine Betriebsführungsgesellschaft bzw. auf den von ihr eingesetzten Geschäftsführer übertragen wird. Die Dienstvorsetztenkompetenzen des Verbandsvorstehers nach beamtenrechtlichen Vorschriften bleiben hiervon unberührt.

§ 3

Befreiung von § 27 Abs. 1 GO

Die Stadt Solingen wird abweichend von § 27 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 1998 (GV. NRW. S. 762), von der Pflicht zur Bildung eines Ausländerbeirates mit der Maßgabe befreit, an dessen Stelle einen Ausschuss für Zuwanderer- und Integrationsangelegenheiten zu bilden. Der Ausschuss setzt sich mehrheitlich aus Mitgliedern des Rates (§§ 57, 58 GO), im übrigen aus Mitgliedern, auf die das Verfahren für die Ausländerbeiratswahl (§ 27 Abs. 2 bis 6 und 11 GO) anzuwenden ist, zusammen. Hinsichtlich der Rechtsstellung der Mitglieder und der Befugnisse des Ausschusses gilt § 27 Abs. 7 bis 9 GO entsprechend. Gleiches gilt für die für die Aufgabenerledigung des Ausschusses zur Verfügung zu stellenden Mittel (§ 27 Abs. 10 GO). Einzelheiten regelt die Hauptsatzung der Stadt Solingen.“

4. Die bisherigen §§ 2 und 3 werden §§ 4 und 5.

Artikel II

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 16. März 1999

Der Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen

Dr. Fritz Behrens

- GV. NRW. 1999 S. 90.

20320

**Verordnung
über die Festsetzung von Aufwandsvergütungen
für Richter und Beamte
im Geschäftsbereich des Justizministers**

Vom 26. März 1999

Aufgrund des § 7 Abs. 3 Satz 1 des Landesreisekostengesetzes (LRKG) i. d. F. des Artikels I des Gesetzes zur Neufassung des Landesumzugskostengesetzes, zur Änderung des Ausschußmitglieder-Entschädigungsgesetzes und zur Überlassung von Stellplätzen bei Landesbehörden vom 16. Dezember 1998 (GV. NRW. S. 738) wird verordnet:

§ 1

(1) Richter oder Beamte, die bei Justizbehörden an mehreren Orten gleichzeitig verwendet werden, erhalten für die Verwendung außerhalb des Ortes der Hauptbeschäftigung bzw. des Wohnortes anstelle der Reisekostenvergütung im Sinne von § 1 Abs. 2 Nrn. 3, 4 und 7 LRRG eine Aufwandsvergütung in Höhe der Trennungsschädigung, die abgeordneten Richtern oder Beamten zusteht. Soweit erforderlich, ist der Ort der Hauptbeschäftigung zu bestimmen.

(2) Besteht am Ort der weiteren Beschäftigung keine Gelegenheit, das Mittagessen in einer Behördenkantine einzunehmen, so erhalten Richter oder Beamte, wenn die Dienstreise mehr als acht Stunden dauert, eine Aufwandsvergütung in Höhe von zwei Zehnteln des Satzes des Tagegeldes nach § 7 Abs. 1 LRRG.

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 1999 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft:

die Verordnung über die Festsetzung von Aufwandsvergütungen für Richter und Beamte im Geschäftsbereich des Justizministers vom 15. Mai 1973 (GV. NRW. S. 305), zuletzt geändert durch Verordnung vom 8. Februar 1978 (GV. NRW. S. 82),

die Verordnung über die Festsetzung von Aufwandsvergütungen für Beamte und Richter der Arbeitsgerichtsbarkeit und der Sozialgerichtsbarkeit vom 20. Mai 1974 (GV. NRW. S. 180), geändert durch Verordnung vom 24. Januar 1979 (GV. NRW. S. 20).

Düsseldorf, den 26. März 1999

Der Justizminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Jochen Dieckmann

- GV. NRW. 1999 S. 90.

223

**Verordnung
zur Änderung der besonderen Gasthöregebühren
gemäß § 2a Abs. 6 Hochschulgebührengesetz
Vom 15. März 1999**

Aufgrund des § 2a Abs. 6 des Hochschulgebührengesetzes (HSchGebG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Januar 1982 (GV. NRW. S. 70), geändert durch Gesetz vom 20. Oktober 1987 (GV. NRW. S. 366), wird im Einvernehmen mit dem Finanzministerium verordnet:

Artikel I

§ 2a des Hochschulgebührengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Januar 1982 (GV. NRW. S. 70), zuletzt geändert durch Verordnung vom 25. Januar 1994 (GV. NRW. S. 76), wird wie folgt geändert:

In Absatz 2 Satz 2 wird der Betrag „160,- DM“ durch den Betrag „215,- DM“ ersetzt.

Artikel II

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Sie gilt erstmals für das Sommersemester 1999.

Düsseldorf, den 15. März 1999

Die Ministerin
für Schule und Weiterbildung,
Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen
Gabriele Behler

- GV. NRW. 1999 S. 91.

231

**Zweite Verordnung
über die Erweiterung
des städtebaulichen Entwicklungsbereichs
„Unteres Lennetal“ Hagen-Halden
Vom 9. März 1999**

Aufgrund des § 53 Städtebauförderungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2318), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. November 1984 (BGBl. I S. 1321) und des § 235 Abs. 1 Satz 2 Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBl. I S. 2141), ber. BGBl. 1998 I S. 137, wird verordnet:

§ 1

In den durch die Verordnungen vom 6. November 1973 (GV. NRW. S. 485) und 1. November 1978 (GV. NRW. S. 565) förmlich festgelegten städtebaulichen Entwicklungsbereich „Unteres Lennetal“ Hagen-Halden werden folgende Grundstücke und Grundstücksteile einbezogen:

Gemarkung Berchum

Flur 4

Flurstücke Nr. 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 199, 205, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 297, 298, 299, 300

Gemarkung Halden

Flur 4

Flurstücke Nr. 88, 89, 90, 91, 94, 95, 96, 97, 98, 103

Flur 7

Flurstücke Nr. 109, 110, 121, 140, 141, 200, 201, 203, 204, 205, 206, 207, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 221, 335

Gemarkung Herbeck

Flur 1

Flurstücke Nr. 11, 30, 35, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 71, 72, 100, 102, 116, 117, 119, 120, 121

Flur 2

Flurstücke Nr. 120, 126, 127, 129, 130, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 192, 195, 216, 221, 224, 243, 245, 250, 259, 260, 264, 266, 270, 274, 398, 400, 406, 444, 457, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 557, 614, 639, 642, 652, 653, 654, 657, 658, 661, 662, 664, 665, 667 östlich der Hövelstr., 670, 673

Flur 4

Flurstücke Nr. 1, 94, 95, 96, 112, 113

Gemarkung Hohenlimburg

Flur 1

Flurstücke Nr. 1, 5, 41, 44, 45, 46, 55, 56, 58, 59, 60, 63, 64, 65, 66, 67, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 87, 88, 122, 123, 124, 125, 128, 129, 136, 137, 208, 214, 218, 219, 220, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 229, 230, 232, 233, 249, 250, 371

Flur 14

Flurstücke Nr. 2, 3, 9, 10, 11, 12, 161, 162, 163, 219, 221, 262, 290, 291, 292, 293, 295, 296, 297, 303, 305, 363, 364, 365, 366, 368, 372, 373, 376, 378, 456, 457, 514, 518, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 655, 656, 657, 658, 659, 672, 673, 677, 678, 748, 749, 820, 821, 822, 823

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 9. März 1999

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

(L.S.)

Wolfgang Clement

Die Ministerin für Arbeit,
Soziales und Stadtentwicklung,
Kultur und Sport

Ilse Brusis

- GV. NRW. 1999 S. 91.

Einzelpreis dieser Nummer 2,20 DM
zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für
Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Fax (0211) 9682/229, Tel. (0211) 9682/238 (8.00-12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf
 Bezugspreis halbjährlich 57,- DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 114,- DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahres-
 bezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.
 Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Fax (0211) 9682/229, Tel. (0211) 9682/241, 40237 Düsseldorf

Von Vorabinsendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher
 Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen
 möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten
 vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
 Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 40237 Düsseldorf
 Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach
 ISSN 0177-5359